

Das Massaker von Bahía Portete und die Interessen eines Schweizer Multis

Debora Barros Fince ist eine Indígena vom Stamm der Wayúu aus der Guajira. Die 26-jährige Anwältin arbeitete bis April 2004 als Polizeiinspektorin in der Gemeinde Uribia und führte das normale Leben einer jungen Frau aus der Guajira. Doch der 18. April 2004 sollte dies für immer verändern... Der vorliegende Text basiert auf einem längeren Gespräch, das ich mit ihr im November 2005 geführt habe.

Von Stephan Suhner, Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien

1. Kontext

Die indigene Ethnie der Wayúu zählt allein in Kolumbien etwa 130'000 Personen (Volkszählung von 1993) sowie 168'000 in Venezuela, und ist damit die grösste Gruppe von Ureinwohnern in Kolumbien. Die Wayúu leben seit ca. 500 Jahren im Departement Guajira, einer Halbwüste im äussersten Nordosten Kolumbiens sowie im angrenzenden Venezuela und wurden von den spanischen Eroberern nie ganz unterworfen. Als einzige Indigene Kolumbiens erlernten sie von den Spaniern schnell den Umgang mit Feuerwaffen und das Reiten, was ihnen beim Kampf gegen die *conquistadores* Vorteile brachte. Die Wayúu teilen sich in etwa 24 Sippen auf. Im Resguardo (Stammesgebiet) von Bahía Portete leben insbesondere die beiden Sippen Epinayú und Uriana. Bahía Portete gehört zur 1935 gegründeten Gemeinde Uribia, häufig auch als indigene Hauptstadt Kolumbiens bezeichnet.

Bahía Portete ist aus vielen Gründen eine strategisch wichtige Zone: Die Bucht ist ein natürlicher Hafen, über den sich ein beträchtlicher Teil des Schmuggels abwickelte, was 3000 Indígenas Arbeit bot und wo täglich bis zu drei Millionen US Dollars umgesetzt wurden. Anfangs 2004 beschloss die Regierung, sämtliche Hafenaktivitäten in Manaure zu konzentrieren. Dies führte zu ersten Abwanderungen aus Bahía Portete. Auf dem Gebiet der Indigenen werden zudem Kohle, Erdöl und Erdgasvorkommen vermutet. Für die weiter südlich gelegene Kohlemine Cerrejón, die von einem Konsortium der Firmen Glencore, AngloAmerican und BHP Billinton betrieben wird, ist Bahía Portete von grosser Bedeutung. Der bisherige Hafen, Puerto Bolívar, stösst an seine Kapazitätsgrenzen, weshalb sich der natürliche Hafen von Bahía Portete als Alternative für die Verschiffung der Kohle und auch als Verladestation für Gas und Erdöl anbieten würde; es existieren konkrete Ausbaupläne. Es sind auch Gas- und Ölpipelines geplant, u.a. von Chevron Texaco, die mehrere Gasfelder in der Guajira ausbeutet. Nach Angaben der Gewerkschaft SINTRAMINERCOL und des Anwaltskollektivs CAJAR planen die Minenbesitzer mehrere Grossprojekte in der Gegend.

Die Kohlenminen von El Cerrejón wurden 1864 von einem Nordamerikaner entdeckt, der von der Qualität und der Menge der Kohle sowie ihrer leichten Zugänglichkeit praktisch an der Erdoberfläche begeistert war. Obwohl stets Interesse an der Ausbeutung bestand, scheiterte diese immer wieder an mangelnder Finanzierung. Erst mit der Energiekrise von 1973 und den steigenden Kohlepreisen wurde 1976 ein Abkommen zwischen dem Staatsbetrieb Carbocol und der privaten *International Colombia Resources Corporation* (INTERCOR) über die Exploration und Ausbeutung der Mine abgeschlossen. 1982 wurden die Infrastrukturarbeiten aufgenommen und 1984 mit der Produktion begonnen. Seit 2002 wird El Cerrejón Zona Norte vom erwähnten Konsortium (AngloAmerican, BHP, Glencore) ausgebeutet, nachdem der kolumbianische Staat seinen Anteil dem Konsortium verkaufte und dieses im Februar 2002 auch die Rechte an der Mine von Exxon übernahm. Der firmeneigene Hafen Puerto Bolívar und die 150 km lange Eisenbahnlinie liegen teilweise auf dem Land der Wayúu, das ohne Entschädigung enteignet wurde.

Am 18. April 2004 kam es zu einem fürchterlichen Massaker. Über die Hintergründe wird viel spekuliert. Einerseits widerspricht das Interesse gewisser Kreise, die Schmuggel- und Drogenhandelsrouten zu kontrollieren, dem Willen der Wayúu, ihre territoriale Autonomie zu bewahren. Andererseits liegt ihr Gebiet genau dort, wo verschiedene Megaprojekte geplant sind. Die Wayúu werden teilweise als Hindernis für deren Umsetzung betrachtet. Für die

Wayúu-Gemeinschaft von Bahía Portete ist deshalb klar, dass das Massaker ihren Widerstand gegen die Ausbeutung durch Multis brechen sollte. Das Massaker hat die Familien nach Maracaibo in Venezuela vertrieben; ihr Territorium ist also verlassen. Offiziell meldet heute keine Firma Interesse am Wayúu-Territorium an, doch Debora traut dem Schweigen nicht. Sie beschuldigt auch Glencore aus Zug, daran interessiert zu sein und die Armee zu unterstützen, obwohl das Unternehmen wisse, dass die Armee direkt mit den Paramilitärs zusammenarbeite. Sicherheitsgarantien für eine Rückkehr der Gemeinschaft gibt es auf jeden Fall bis heute nicht.

2. Das Massaker vom 18. April 2004

Die Paramilitärs des „Bloque Contrainsurgencia Wayúu“ unter dem Kommando von Chema Bala, selbst ein Wayúu, kamen ab dem Jahr 2000 in das Gebiet, unter anderem um die vielen natürlichen Häfen zu kontrollieren, über die sich Schmuggel und Drogenhandel abwickeln. Häufig griffen auch lokale Netzwerke von Schmugglern und Drogenhändler auf die Paramilitärs zurück, um den Wayúu die Kontrolle über die natürlichen Häfen der Guajira zu entreissen. Die Paramilitärs stehen heute hauptsächlich unter der Kontrolle von Jorge 40, einem bekannten paramilitärischen Chef, der in "Friedensverhandlungen" mit der Regierung steht. Am 16. April 2004 marschierte eine grössere Gruppe Paramilitärs auf und bedrohte die Wayúu, was zu Warnungen vor einem Massaker führte. Die Regierung unternahm jedoch nichts, um ein Massaker zu verhindern. Vielmehr zogen die Soldaten des Bataillón Cartagena – das für die Sicherheit des Hafens, der Eisenbahnlinie und teilweise der Mine zuständig ist – am Morgen des Massakers ab und überliessen den Paramilitärs das Feld. Am 18. April 2004 wurden 12 Personen, v.a. Frauen und Kinder, grausam umgebracht, und 30 Personen werden seither vermisst. Einige Opfer wurden bis heute nicht gefunden. Die Identifikation der sterblichen Überreste gestaltete sich sehr schwierig, da einige der Opfer von Granaten in tausend Stücke gerissen wurden. Zwei Knaben verbrannten bei lebendigem Leibe im Lieferwagen des Vaters, viele der Opfer wurden vor der Ermordung gefoltert, die Frauen vergewaltigt und mit Motorsägen noch lebend zersägt. Als die Gemeinschaft von Debora realisiert hatte, dass die Armee mit in das Massaker verwickelt war, flüchteten insgesamt etwa 300 Personen nach Venezuela, die Männer in tagelangen Fussmärschen, die Frauen und Kinder in Bussen und Lastwagen. Genaue Angaben über die Anzahl Vertriebene gibt es nicht, da viele Wayúu bei Verwandten unterkamen oder sich aus Angst vor Repressalien nicht registrieren liessen. Man geht aber von insgesamt zwischen 1000 und 3000 Vertriebenen aus.

Die Vertreibung ist ein einmaliges Ereignis in der Geschichte der Wayúu. Obwohl sie häufig blutige Fehden zwischen den Sippen austrugen, kam es weder dadurch, noch durch Angriffe anderer Bevölkerungsgruppen zu Vertreibungen. Die Vertreibung vom angestammten Territorium, die Schändung der Friedhöfe und die Hilflosigkeit und Abhängigkeit von fremder Hilfe hat im Volk der Wayúu tiefe Spuren hinterlassen. Das schlimmste ist für die Gemeinschaft, dass sie die Toten nicht nach ihren Riten begraben und betrauern konnten. Viele der Opfer haben sie bis heute nicht gefunden.

3. Die Regierung vertuscht....

Anfangs bestritt die kolumbianische Regierung, dass ein Massaker stattgefunden hatte. Erst als venezolanische Medien davon berichteten, musste es die Regierung zugeben. Sie versuchte aber, Verantwortung und Gründe zu vertuschen, indem sie nacheinander fadenscheinige Erklärungen abgab. Zuerst sagte sie, dass das Massaker auf Verstrickungen der Indígenas mit der Guerilla zurück zu führen sei. Es habe sich um eine Auseinandersetzung zwischen Paramilitärs des *Bloque Contrainsurgencia Wayúu* und einer selbsternannten Bande *Guerrilleros de la Sierra* um die Kontrolle des Hafens gehandelt. In jener offenen, praktisch baumlosen Gegend gibt es aber keine Guerillas. Dann behauptete die Regierung, das Massaker sei eine Abrechnung wegen dem Drogenhandel, es sei um die Kontrolle der Exportrouten gegangen. Die Gemeinschaft konnte aber belegen, dass sie nie etwas mit Drogenhandel zu tun gehabt hatte. Als dritte Ausflucht führte die Regierung an, es habe sich um Streitigkeiten zwischen verfeindeten Sippen gehandelt. Es stimmt, dass die Wayúu manchmal Blutrache nehmen, wobei aber immer "nur" Männer getötet werden. Die Tatsache, dass die Opfer

vorwiegend Frauen und Kinder waren, entkräftet auch diesen Erklärungsversuch und zeigt vielmehr, dass mit dem Massaker blanker Terror und Panik verbreitet werden sollte.

99 Familien der Gemeinschaften leben immer noch in Venezuela und warten auf ihre Rückkehr in Sicherheit und Würde. Am 21. August 2004 organisierte die Regierung eine angebliche Rückkehr. Ein grosses Medienaufgebot berichtete, wie die Vertreibungsoffer am Ort der Vertreibung in Bahía Portete von der Regierung Hilfslieferungen erhielten, z.B. Kochutensilien und Haustiere. Das war aber reine Fiktion: Die meisten der den Medien präsentierten „Vertriebenen“ waren Bewohner umliegender Siedlungen, die nur kamen, weil sie was geschenkt erhielten. Am Abend war vom ganzen Spuk nichts mehr zu sehen. Tatsächlich trauten aber auch einige Wayúu den Versprechungen der Regierung und kehrten zurück, so u.a. ein Onkel von Debora mit seiner Familie. Am 13. Juli 2005 ereignete sich jedoch ein weiterer Mord: Die Armee, die für die Sicherheit sorgen sollte, zog sich von der Ansiedlung zurück, angeblich um eine illegale, bewaffnete Gruppe zu verfolgen. In dieser Zeit kamen aber Paramilitärs in die Ansiedlung und drangen ins Haus des Onkels von Debora, Moyo Pérez Uriana, ein. Sie fragten nach ihm, und als dessen Partnerin Lilia Epinayú sagte, er sei nicht da, wurde sie durch fünf Schüsse getötet. Die Regierung versuchte diesen Zwischenfall zu verschweigen und liess verlauten, Lilia Epinayú sei an einem Herzinfarkt verstorben.

4. Hoffnung auf Rückkehr

Oberstes Ziel dieser Wayúu-Gemeinschaft ist es, möglichst bald in Würde und Sicherheit nach Bahía Portete zurückkehren zu können. Die Entwurzelung, die Trennung vom Territorium und die Armut in der Vertreibung machen den stolzen Indígenas zu schaffen. Zudem ist die Gefahr, dass sie ihr Land für immer verlieren, gestiegen. Im Herbst 2005 fand eine Volkszählung statt, aber da die Gemeinschaft sich jetzt in Venezuela aufhält, wurden deren Mitglieder nicht mitgezählt. Ihr Stammesgebiet gilt somit als unbewohnt. Unter diesem Vorwand könnte die Regierung das Resguardo als nicht bewohnt aufheben und das Land Bergbaufirmen zur Ausbeutung überlassen.

Für die Wayúu ist aber klar, dass sie auf ihrem Territorium keine Rohstoffausbeutung und keinen grossen Hafen zulassen wollen, erst recht nicht nach all dem Schmerz, der ihnen zugefügt wurde. Einige Firmen haben ihnen Geld für Projekte angeboten, z.B. die australische Firma BHP Billinton. Die Gemeinschaft will aber kein Geld, sondern sie wollen wissen, wer sie in Wahrheit vertrieben hat, und weshalb. Zudem wollen sie eine Verurteilung der intellektuellen und materiellen Täter. Die Prozesse laufen aber extrem langsam, und verschiedene Zeugen wurden mit dem Tod bedroht. Obwohl einige Paramilitärs von Zeugen namentlich genannt wurden, laufen diese bisher frei herum, ebenso einer der Kommandanten des Bataillón Cartagena, der während des Massakers anwesend war und die Militäraktion koordinierte. Debora, ihre Mutter und zwei Tanten haben am 23. September 2004 vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof provisorische Schutzmassnahmen zugesprochen erhalten; am 16. November 2004 kamen fünf weitere Personen in den Genuss dieses Schutzes. Die Gemeinschaft verlangt aber derartigen Schutz für die ganze Gemeinschaft, obwohl auch damit z.B. die Ermordung von Lilia Epinayú nicht verhindert werden konnte.

Zum 2. Jahrestag des Massakers ist vom 16. bis zum 20. April 2006 eine grosse Gedenkveranstaltung geplant. Sie soll an den Ort der Geschehnisse zurückführen und der Gemeinschaft ermöglichen, die Toten vor Ort zu betrauern. Durch eine zahlreiche und breite nationale und internationale Begleitung soll die Vernetzung des zivilen Widerstandsprozesses der Wayúu verbessert und der Prozess gestärkt werden. Die schweren Menschenrechtsverletzungen sollen sichtbar gemacht und Druck auf die Regierung ausgeübt werden, damit eine baldige Rückkehr ermöglicht wird.